

Richtiggestellt

10 Argumente der Pro-Asyl-Propaganda



PRO
CHEMNITZ

Anschläge

von rechts
– oder?



Beobachtet

Der Verfassungsschutz
und PRO
CHEMNITZ



Unsere Stadt

www.pro-chemnitz.de

Sieben Thesen von PRO CHEMNITZ zur aktuellen Lage:

1. Von Chemnitz soll das Ende der falschen Asylpolitik ausgehen!
2. Der Bevölkerungsaustausch der letzten Jahre muss rückgängig gemacht werden.
3. Stadtpolitik muss das Wohl der eigenen Bevölkerung zum Inhalt haben. Prestige-Projekte und Größenwahn haben darin keinen Platz.
4. Integration ist eine Bringpflicht. Wer hier mit uns leben möchte, hat unsere Sitten und Regeln zu akzeptieren und sich um Teilhabe am gesellschaftlichen Leben selbst zu bemühen.
5. Bildungseinrichtungen vom Kindergarten bis zur Universität haben den Zweck, unsere Kinder und Jugendlichen zu einem selbstbestimmten Leben zu befähigen und für den (auch internationalen) Wettbewerb fit zu machen.
6. Echte Mitbestimmung heißt: Volksabstimmung zu den wichtigen Fragen in Stadt, Land und Bund!
7. Über die Zukunft von Chemnitz, Sachsen, Deutschland und Europa muß wieder ohne ideologische Scheuklappen diskutiert werden.

Ausführlicheres dazu finden Sie bald unter www.pro-chemnitz.de.

Feiern Sie mit uns!

Lange wollten es unsere Gegner verhindern, doch am 1. Mai ist es so weit: PRO CHEMNITZ eröffnet das Bürgerbüro im Stadtzentrum, in der Brauhausstraße 6! Und das feiern wir mit einem Straßenfest für Freiheit, Heimat, Zukunft!

WANN?

am 1. Mai von 15 bis 18 Uhr

WO?

vor der Brauhausstr. 6
(zwischen Annenschule und Moritzhof)

WIE?

für Kinder gibt es Hüpfburgen, Pony-Reiten und Schminken; alle anderen können bei Limo, Bier, Grillwurst und Musik mit unseren Stadtrats-Kandidaten ins Gespräch kommen.



Asyl-Krise: Das Problem heißt Staat!

Ein Kommentar von
Martin Kohlmann

Fast 30 Jahre ist es her, da gingen wir auf die Straße, weil die Staatsmacht über unsere Köpfe hinweg entschied. Heute erinnert die Lage wieder in fataler Weise an damals. Das Asylproblem ist nur ein Anzeiger für diese Situation, wenn auch der am deutlichsten wahrnehmbare.

Offensichtlich läuft etwas schief: Seit 2011 war in Syrien Bürgerkrieg, 2015 bereits weit weniger schlimm als zu Beginn. Doch erst seit 2015 kommen Hunderttausende. Warum? Und warum wollen alle nach Deutschland? Der Hauptgrund ist, daß man in Deutschland ohne Arbeit so gut leben kann, wie sonst nirgends auf der Welt. Und wie geht das? Indem die Menschen, die unter der Bezeichnung "Staat" auftreten, uns allen über die Hälfte unseres Einkommens wegnehmen, um es u.a. Zuwanderern ohne Gegenleistung zu schenken.



Und bei den Neuankömmlingen, die wirklich arbeiten wollen und können, verhindert das - gerade dieser Staat. Mir sind persönlich Beispiele von Asylbewerbern bekannt, die eine Arbeit in Aussicht hatten, für die sich jahrelang kein Deutscher gefunden hatte - z.B. Fernfahrer, die die tagelangen Strecken durch ganz Europa fahren. Wissen Sie

was? Diese wirklich nützlichen Fachkräfte bekamen die Abschiebung!

Das System Asyl in Deutschland ist so absurd, wie es nur sein kann. Wer klaut, bleibt oft länger; wer nützliche Arbeit leistet, wird schikaniert und fliegt raus.

Die Leidtragenden sind nicht nur wir Einheimischen. Auch die Asylbewerber, die wirklich unseren Schutz brauchen - und die gibt es! - leiden unter der Situation. Sie werden in einen Topf geworfen mit Gaunern und Terroristen, müssen mit diesen in den gleichen Unterkünften leben und werden oft genug noch schikaniert - sowohl von anderen Asylbewerbern, als auch von den Behörden.

Sind Asylbewerber nun überwiegend Gauner und Terroristen? Nein. Auch wenn das Problem der Asylbewerber-Kriminalität und der eingeschleusten Gewalttäter nicht verharmlost werden darf: Die meisten kommen aus Gründen, die nicht verwerflich sind. Sie suchen Arbeit, medizinische Versorgung, einfach ein besseres Leben - oder auch etwas Abenteuer. Das sind alles keine bösen Motive, und deshalb ist der einzelne Asylbewerber nicht unser Feind. Das Problem sind die Menschen, die Hunderttausende anlocken, sie von unserem Geld unterbringen und verköstigen, sie trotz eindeutiger Gesetze nicht wieder fortschicken - und von ihnen nicht ein Mindestmaß an Anpassung an unsere Regeln verlangen. Diese Menschen heißen Minister, Kanzler, Bürgermeister und alle, die deren Fehlentscheidungen durchsetzen. Kurz: Der Staat. Der hat das Problem geschaffen und wird es nicht lösen. Das müssen wir selbst tun - gegen die Leute, die sich Staat nennen. Wie 1989.

Keine Kündigung wegen politischer Aktivitäten!

Demonstrieren, sich öffentlich äußern, für ein Amt kandidieren - diese Möglichkeiten hatten wir uns mit der Wende 1989 erkämpft. Und jetzt? Linke Privat-IMs versuchen mit veröffentlichten Fotos die Arbeitgeber zum Vorgehen gegen Andersdenkende zu veranlassen. Oft bedrohen Chefs ihre Angestellten bereits im Voraus mit Kündigung oder anderen Willkür-Maßnahmen, falls sie diese auf Demonstrationen sehen sollten.

Das dürfen sie nicht, entschied jetzt das Landesarbeitsgericht Niedersachsen und gab einem "Rechten" Recht, der gegen

seine Entlassung bei VW geklagt hatte. Politische Aktivitäten außerhalb des Arbeitsplatzes gehen den Arbeitgeber nichts an! (Etwas anderes gilt für Beamte, die den Staat nur eingeschränkt kritisieren dürfen.) Wer Schwierigkeiten auf Arbeit hat, weil er die "falschen" Veranstaltungen besucht, kann sich gern an PRO CHEMNITZ wenden. Wir helfen!

Zusatz: Die linken DGB-Gewerkschaften hatten im VW-Betriebsrat die fristlose Kündigung aus politischen Gründen befürwortet. Die Konsequenz kann nur heißen: Austritt jetzt! Keinen Cent mehr an IG Metall, Verdi & Co.!

10 Popaganda-Lügen zum Thema Asyl und Ausländer

Die Propagandamaschine läuft auf Hochtouren zum Thema Asyl. Politiker, Gewerkschafter, Schauspieler, Kirchenleute, Fernsehprogramme und Zeitungen – alle stimmen uns darauf ein, dass den Millionen von armen „Flüchtlingen“ doch geholfen werden müsse. Natürlich von unser aller Geld. Doch vieles, was uns da als Argument serviert wird, ist schlicht falsch. Wir stellen die zehn häufigsten Propagandalügen richtig.

1 „Ausländer haben unser Land wieder aufgebaut!“

Falsch. Unser Land hier schon mal gar nicht, aber auch nicht Westdeutschland. Ausländische Arbeitskräfte aus Südeuropa wurden angeworben, als die Wirtschaft bereits wieder brummte. Mit diesen Spaniern, Italienern, Griechen und Portugiesen gab es auch kaum Schwierigkeiten, da sie fleißig waren, aus einem ähnlichen Kulturkreis kamen und sich an unsere Gepflogenheiten anpassten. Türken kamen aus anderen Gründen: In den 70ern war die Türkei ein strategisch wichtiges NATO-Land mit Grenze zur Sowjetunion. Zugleich wurde sie immer wieder durch innere Unruhen erschüttert. Wegen Massenarbeitslosigkeit war die westlich orientierte Regierung in Gefahr. In dieser Situation ordnete die US-Regierung an, dass die Bundesrepublik Deutschland helfen und einige Hunderttausend Türken aufnehmen muss, um die Lage zu beruhigen. Diese erhielten damals Anwerbe-Verträge auf zehn Jahre. Die Verträge wurden schlicht nicht eingehalten, die Leute blieben da.



3 „Asylbewerber bekommen nur ein geringes Taschengeld.“

Halbwahrheit. Dies gilt nur für die ersten Wochen. Dazu gibt es aber Unterkunft und Vollverpflegung frei. Nach der Umverteilung aus der Erstaufnahmeeinrichtung bekommen sie Leistungen ähnlich ALG II (Hartz IV). Nach zwei Jahren sind sie einheimischen ALG-II-Empfängern komplett gleichgestellt – zumindest in Bezug auf die Leistungen. Änderungen für einige Asylbewerbergruppen sind im Gespräch.

4 „Asylbewerber dürfen nicht arbeiten.“

Mittlerweile falsch. Bereits nach drei Monaten in Deutschland dürfen Asylbewerber eine Arbeit aufnehmen, wenn für die Stelle kein EU-Bürger zur Verfügung steht. Nach 15 Monaten können sie jede Stelle annehmen. Die Zahl der arbeitenden Asylbewerber ist allerdings dennoch ziemlich gering. Für die Zukunft sind weitere Erleichterungen bis hin zur Bevorzugung von Asylbewerbern auf dem Arbeitsmarkt geplant. Interessant: Im Gegensatz zu deutschen ALG-II-Empfängern erhalten Asylbewerber praktisch keine Sanktionen, wenn sie sich nicht um Arbeit bemühen.

5 „Wegen des Bevölkerungsrückgangs brauchen wir Zuwanderung.“

Falsch. Zur Zeit der besten wirtschaftlichen Entwicklung hatte Deutschland, das damals noch viel größer war, gerade einmal 50 Millionen Einwohner. Derzeit gehört unser Land zu den am dichtesten besiedelten Gebieten der Welt. Es wäre kein Verlust an Lebensqualität, wenn sich die Einwohnerzahl langfristig wieder bei 50 Millionen einpendeln würde - im Gegenteil.

7 „Bei den Asylbewerbern handelt es sich um Fachkräfte, die wir dringend brauchen!“

Ganz überwiegend falsch. Etwa 70 Prozent der Asylbewerber haben keinen Schulabschluss und nur 13 Prozent haben eine abgeschlossene Berufsausbildung. Im Integrationsmonitor der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM), der vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln erstellt wurde, wird davon ausgegangen, dass es 15 Jahre dauern wird, bis die Asylbewerber gegenüber den Deutschen bedeutend aufgeholt haben. Die Kosten belaufen sich auf mehreren Milliarden. Hinzu kommt die durchschnittlich geringe Erwerbsneigung weiter Kreise von Merkels Gästen. Viele sind schließlich hergekommen, weil es sich kaum irgendwo auf der Welt ohne Arbeit so gut auskommen lässt. Nur für Sicherheit vor Bomben hätte man schließlich nicht so weit fahren müssen.



2 „Asylbewerber sind im Durchschnitt nicht krimineller als andere Menschen.“

Sowohl deutschland-, sachsen- als auch chemnitzweit ist das falsch. Aus der aktuellen polizeilichen Kriminalstatistik des Freistaates Sachsen für das Jahr 2016 geht hervor, dass in der Stadt Chemnitz unfassbare 51,8% der ermittelten Tatverdächtigen keinen deutschen Pass hatten. Selbst wenn wir alle ausländerrechtlichen Verstöße, die ein Deutscher nicht begehen kann, abziehen, sind Ausländer noch immer für über ein Viertel der Straftaten verantwortlich. Und wer ist das? Finnen, Franzosen und Amerikaner spielen hier keine Rolle. Genaue Angaben für Chemnitz liegen zwar nicht vor, aus der Auswertung der Kriminalität für ganz Sachsen wissen wir aber, dass 2016 die in den letzten Jahren eingewanderten Asylbewerber 3,73 mal so viele Straftaten begingen wie die Durchschnittsbevölkerung. Besonders beunruhigend ist dabei der Anteil der Asylbewerber an der Gewaltkriminalität. Er betrug sage und schreibe 44 Prozent!

6 „Deutschland exportiert die Waffen, aufgrund derer die Flüchtlinge fliehen.“

Eins der Lieblings-Argumente linker Politiker. Aber: Falsch. Ca. 30 Prozent der Asylbewerber sind Kriegsflüchtlinge, fast alle aus Syrien. Die syrische Armee wird überwiegend von Russland ausgestattet, die Rebellen von den USA. Trotz intensiver Suche konnten linke Propagandisten nur einen einzigen Fall finden, wo syrische Rebellen mit deutschen Waffen schossen: Ein paar Granatwerfer waren in den 70er Jahren von einem deutsch-französischen Unternehmen nach Syrien exportiert und nun wohl von Rebellen erbeutet worden. Deutsche Waffen sind hochpreisig und gehen daher so gut wie nie in bürgerkriegsgeschüttelte Drittwelt-Länder.

8 „Asylbewerber dürfen keine Deutsch-Kurse besuchen.“

Falsch. Sie werden ihnen zwar (bisher) meist nicht unmittelbar bezahlt, jedoch gibt es viele Vereine, die Sprachkurse kostenlos oder für symbolische Preise anbieten – wiederum gefördert aus Steuermitteln.

9 „Asylbewerber bringen mehr, als sie kosten.“

Fakt ist, dass sie uns 2016 rund 20 Milliarden Euro gekostet haben. 2017 waren es bereits 22 Milliarden für Unterkunft und Verpflegung – in offiziellen Zahlen! – wobei milliardenschwere „Integrationsprogramme“, mit denen sich die Asyl- und Sozialindustrie die Taschen füllt, noch gar nicht berücksichtigt sind. Experten schätzen die Kosten für die kommenden Jahre im dreistelligen Milliardenbereich. Die im Gegenzug erhofften Erleichterungen für die Rentenkasse bleiben dagegen weitgehend aus, da die Arbeitsaufnahme durch Asylbewerber weit hinter den Erwartungen zurückblieb.



10 „Maria und Joseph mit dem Jesuskind waren auch Flüchtlinge. Deswegen ist es unsere christliche Pflicht, Asylbewerber aufzunehmen.“

Halbwahrheit, besonders vor Weihnachten verstärkt in der Asylpropaganda vertreten. Erstens: Vor Weihnachten waren Maria und Joseph keine Flüchtlinge, sondern aufgrund staatlichen Zwangs im eigenen Land unterwegs. Nach Christi Geburt waren sie tatsächlich politisch verfolgt – wie heute weniger als drei Prozent der Asylbewerber, die nach Deutschland kommen. Ihr Kind war in Lebensgefahr, und das aus politischen Gründen. Sie flohen nicht um die halbe Welt, sondern ins Nachbarland. In ihrem Fluchtland Ägypten sorgten sie mit ihrer eigenen Arbeit für ihren Lebensunterhalt, begingen keine Straftaten und kehrten nach Wegfall des Fluchtgrundes (Tod des Königs Herodes) in ihre Heimat zurück. Vorbild-Asylanten! Solche sind uns jederzeit willkommen.

Rechte Gewalt von Türken?

Chemnitz wird von der PKK beherrscht – einer extrem linken Militär-Organisation zur Befreiung Kurdistans. Nicht schön, aber es hätte noch schlimmer kommen können: In anderen Städten haben Salafisten aus dem Umfeld des IS das Sagen. Hier also die Kurden. Der Normalbürger merkt davon nicht allzu viel, doch ein genauer Blick lohnt sich.



Im Stadtbild präsent: Mehrere Schmierereien fordern die Freilassung des inhaftierten PKK-Chefs. Bis vor kurzem prangte dieser riesige Schriftzug in Bernsdorf.

Die PKK befasst sich in Deutschland v. a. mit dem Einsammeln von Geld für den Kampf in der Heimat. Viele kurdische Geschäftsleute spenden freiwillig, wogegen ja grundsätzlich nichts einzuwenden ist. Andere werden mit Druck „überzeugt“. Auch mit Drogenhandel wird Geld verdient. Und: Die Mörder von Daniel gehören zum PKK-Umfeld.

Die Organisation ist nicht allein, sondern hat mächtige Freunde. Die Linkspartei unterstützt die kommunistischen Brüder nach Kräften, und auch bei militanten Antifa-Auftritten sieht man das PKK-Logo. Nicht zufällig waren die Tatverdächtigen des Mordes an Daniel recht schnell mit bekannten Berliner Anwälten ausgestattet. Auch sonst lässt man die Genossen nicht im Stich: Keiner der Zeugen erkannte den derzeit angeklagten Verdächtigen des Mordes an Daniel H. im Gericht wieder. Dem Gedächtnisschwund war in mehreren Fällen nachgeholfen worden, es wird von massiven Bedrohungen berichtet. Selbst gegen Zeugen von Angriffen auf die Gedenkstätte an der Brückenstraße kam es zu brutalen Übergriffen!

Feinde hat die PKK auch: Die EU und Bundesregierung stufen sie als Terror-Organisation ein. Und die Türken finden es auch nicht lustig, dass von Deutschland aus der kurdisch-türkische Krieg bezahlt wird. Kurdische Unternehmer in Chemnitz? Der Betreiber des Restaurants „Mangal“ an der Straße der Nationen ist zum Beispiel einer. Dieses Restaurant wurde am 18.10.18 durch Brandsätze zerstört.



Zerstört und ausgebrannt: Das Restaurant Mangal an der Straße der Nationen. Kurz vor dem Überfall hatte der kurdische Wirt provokanten türkischen Besuch.

Moment – schrieben die Zeitungen nicht immer „türkisches Restaurant“?

Ja, schrieben sie. Und sie schrieben auch was von einem Angriff „im Zusammenhang mit Demonstrationen von PRO CHEMNITZ“. Beides ist falsch. Aufgeklärt werden konnte die Tat bisher nicht - aber: Wie aus Sicherheitskreisen bekannt wurde, war das „Mangal“ vor dem Anschlag ins Visier der radikalen türkischen Vereinigung „Graue Wölfe“ geraten. Offenbar versuchen die „Grauen Wölfe“, die auch Spezialisten der organisierten Kriminalität sind, jetzt die kurdische Parallelgesellschaft rund um den „Nischel“ aufzumischen. Eine einmalige Chance, denn seit dem Daniel-Mord werden von den Medien und wohl auch der Justiz alle problematischen Tatbestände „Rechten“ in die Schuhe geschoben.

Noch vor dem Mangal traf es am 7. Oktober das persische Restaurant „Safran“. Auch hier arbeiten Kurden. Wie beim Mangal kamen drei Täter, diesmal in Motorrad-Kleidung. Und wie dort phantasierten Spiegel & Co. einen „rechten“ Hintergrund herbei, natürlich gleich mit Verbindungen zu PRO CHEMNITZ. Belege dafür? Keine. Oder doch? Vorher gab es Schmierereien: Ein falsch herum gemaltes Hakenkreuz – ergänzt durch einen arabischen Schriftzug! Ermittlungsergebnisse bisher: **Keine.**



Mord an Daniel H.: „Kollateralschaden“ importierter Konflikte? Jedenfalls eine Folge von Merkels Asylpolitik, die schon jetzt weit mehr Todesopfer forderte als 29 Jahre Mauer an der innerdeutschen Grenze.

Zudem gab es Angriffe auf weitere kurdische Unternehmen, von denen die Medien gar nicht erst berichteten – Weil die Handschrift nichtdeutscher Täter zu deutlich erkennbar und ein Zusammenhang zu unseren Kundgebungen beim besten Willen nicht zu konstruieren gewesen wäre?

Und dann ist da noch das Shalom in der Carolastraße, welches am 27.08.18 von Vermummten mit Steinen beworfen wurde. Auch hier wurde sofort ein Zusammenhang mit unseren Demonstrationen herzustellen versucht. Hinweise dafür? Natürlich keine. Richtig ist nur, dass an diesem Tag eine Demonstration stattfand. Aber: Zu dieser war die Antifa mit großem orientalischen Anhang angereist – bekanntermaßen nicht eben Judenfreunde...

Aufgeklärt wurde bisher keine der Attacken. Und damit haben sich auch die Verschwörungstheorien der Lügenpresse gegen PRO CHEMNITZ in keinem der Fälle bestätigt.

Doch deutlich wurde: In Chemnitz toben mehrere Nahost-Konflikte stellvertretend. Wollen wir diese Konflikte samt ihren Akteuren nicht endlich wieder dahin schicken, wo sie herkamen?

Sie kennen vielleicht die Bibelgeschichte vom guten Hirten: Der echte Hirte verteidigt die Schafe bis aufs Äußerste, weil es eben seine Schafe sind. Der gemietete Aufpasser dagegen duckt sich lieber weg angesichts des nahenden Löwen, nach dem Motto: Lieber sollen ein paar Schafe draufgehen als ich selber...

Auch in der heutigen Zeit gibt es diese zwei Arten von Verantwortungsträgern. Es gibt die mutigen Chemnitzer, die ihre Heimatstadt angesichts der bereits weltweiten Verleumdung verteidigen. Leute wie Winfried Wenzel, der in den auflagenstärksten Schweizer Zeitungen auftaucht, um das Chemnitz-Bild wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen. Unternehmer wie Jörg List und Bernd Arnold, die keine Gelegenheit auch im Kundengespräch auslassen, um die Medien-Lügen über unsere Stadt richtigzustellen.

Aber es gibt auch die Mietlinge. Oft Zugereiste, die meinen, sich für Chemnitz schämen zu müssen. Unternehmer, die „gegen rechts“ aktiv werden, weil „der Standort“ (denn mehr ist unsere Heimat für sie nicht) unter der Berichterstattung leidet. Aktiv nicht für die Wahrheit, aber für schöne Worte wie „Weltoffenheit“, „Toleranz“ usw., die den Kunden und Geschäftspartnern in der großen weiten Welt gefallen sollen. Einer von ihnen ist Andreas von Bismarck vom Textilmaschinen-Hersteller Terrot, der bei MDR beklagt, dass die Sachsen nicht entschieden genug für Weltoffenheit Position beziehen.

Nun, Herr von Bismarck: Die „Weltoffenheit“ der letzten vier Jahre hat bereits deutlich mehr Todesopfer gefordert als 28 Jahre Schießbefehl an der Mauer. Gegen diese Offenheit, die nicht ganz dicht ist, hat Chemnitz ein deutliches Zeichen gesetzt – und darauf können wir stolz sein!

Die Angestellten bei Terrot müssen jetzt übrigens im Namen der Weltoffenheit eine Art Polit-Unterricht über sich ergehen lassen. Das gab es schon früher und nannte sich damals im Volksmund Rotlicht-Bestrahlung... Und wenn die DDR schon so unverschämt wiederkehrt, so muss es auch eine neue Wende geben.

Auf geht's, Chemnitz! Wir schaffen das!

Politische Arbeit kostet Geld.

Unterstützen Sie PRO CHEMNITZ mit einer Spende – das Finanzamt zahlt Steuerzahlern die Hälfte zurück!

Spendenkonto

IBAN: DE 85 8705 0000 1190 6396 50

BIC: CHEKDE81XXX



Prochemnitz@web.de

Spenden in Bitcoin Spenden in Ethereum



Impressum:

V.i.S.d.P.: Martin Kohlmann, Brauhausstr. 6, 09111 Chemnitz

Der erste Flüchtling im Stadtrat!

Angebliche und tatsächliche Flüchtlinge sind das Top-Thema der letzten Monate – jetzt ist sogar einer im Stadtrat, und zwar ein echter: **Winfried Wenzel** aus Gablenz rückte für PRO CHEMNITZ nach.

Flüchtling? Jawohl. Geboren wurde der jetzt 74-jährige Diplom-Ingenieur in Königsberg/ Ostpreußen; 1945 überlebte er die Flucht mit seiner Mutter und landete im Erzgebirge: „Wir waren nicht gern gesehen, denn vieles war ohnehin knapp. Aber aus eigener Erfahrung weiß ich: Respekt und Anerkennung muss man sich erarbeiten, und Integration ist die Pflicht des Ankommenden!“

Zur anstehenden Stadtrats-Wahl steht Winfried Wenzel im Wahlkreis 4 auf dem Wahlzettel.

Übrigens waren es die linken Fraktionen, die den ersten Flüchtling im Stadtrat um fast zwei Monate verzögert haben. „Immerhin ha-



ben Sie nicht auf mich geschossen, wie die SED-Linkspartei es früher mit Flüchtlingen tat“, nahm es Neu-Stadtrat Wenzel mit Humor.

Die Ratsfraktion PRO CHEMNITZ erhielt noch weiteren Zuwachs: **Mike Hetze**, 43, wäre eigentlich für die AfD in den Stadtrat nachgerückt. Doch da waren andere scharf auf diese Position. „Ich wurde bedrängt, auf das Stadtrats-Mandat zu verzichten und für den Kreisvorsitzenden Platz zu machen“, erklärt der gelernte Zerspaner.

Nachdem er bereits vor Jahren aus der AfD ausgetreten war, gab diese Art der Postenjägeri den letzten Anlass, sich nicht der AfD-Fraktion anzuschließen. PRO CHEMNITZ gewährte ihm sozusagen Asyl. Zur anstehenden Wahl kandidiert er für PRO CHEMNITZ im Wahlkreis 6.



Frau Besserwessi und die Weltwirtschaft

Es war zur Bürgerversammlung zum Thema Asyl im Februar 2015, als eine verschollen geglaubte Spezies ihre Wiedergeburt erlebte: Der Besserwessi. Er erschien in Gestalt einer kräftigen Dame, die die staunenden Zuhörer im breiten Schwäbisch belehrte, dass die Asylbewerber ja vor der Armut in ihren Ländern flüchten müssten, und zwar "weil Ihr immer es billigschte kaufe wollt!"

Einfache Logik - so einfach und so falsch. Widerlegt wird sie bereits durch einen Blick in Ihr eigenes Unterhemd: Made in Bangladesh, Thailand, Indonesien, Nicaragua usw. Von dort kommen aber (so gut wie) keine Flüchtlinge. Warum? Wo Produktion stattfindet, gibt es Entwicklung. Wo es Arbeit gibt, werden auch Menschen ausgebildet. Wo die Qualifikation steigt, steigen auch Chancen und Gehälter.

Wo heute noch genäht wird, wird morgen auch gestaltet, konstruiert usw. Der Billiglohn in asiatischen Schwellenländern ist nicht böse, ebensowenig wie der Billig-Hemd-Käufer. Auch Deutschland hat als Billiglohnland angefangen, vor 160 Jahren. Dann setzte die beschriebene Entwicklung ein.

Selbstverständlich ist es dennoch nicht verkehrt, sich für bessere Lebensbedingungen der Näherinnen in Bangladesh einzusetzen oder fair gehandelte Produkte zu kaufen. Diese Frage hat aber überhaupt nichts mit der Asyl-Problematik zu tun.

Auch das Schlechtes-Gewissen-Argument, wir seien doch an Flüchtlingsströmen schuld, weil wir die Dritte Welt ausbeuten würden, verfängt also nicht. Es ist schlicht falsch.



Wir sind die Wende!



Immer aktuell informiert

PRO CHEMNITZ informiert über aktuelle Ereignisse in Chemnitz und darüber hinaus auf www.facebook.com/prochemnitz. Doch die Sache hat einen Haken: Wird es denen da oben zu bunt, schalten sie unsere Facebook-Seite auch einfach mal ab. So geschah das mehrfach rund um die großen Demonstrationen im Herbst. Die Ergänzung: Abonieren Sie unseren Info-Dienst über WhatsApp!

– UND SO GEHT'S:

1. Auf Ihrem Smartphone die Nr. 01522 572 82 77 von PRO CHEMNITZ speichern.
2. An diese Nr. per WhatsApp eine Nachricht mit Ihrem Stadtteil schicken, also z.B. "Sonnenberg" oder "Bernsdorf".
3. Sie erhalten Nachrichten von uns zu Veranstaltungen und aktuellen Themen.

Der Verfassungsschutz beobachtet PRO CHEMNITZ

Im Januar 2019 jagte die Meldung durch die Presse, PRO CHEMNITZ werde nun vom Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet.

Der Vorwurf: Wir würden den Staat ablehnen und dessen Ordnung gefährden. PRO CHEMNITZ sagt dazu: Die freiheitliche Ordnung wird aktuell massiv durch die Vertreter des Staates gefährdet. Wir treten dafür ein, eine freiheitliche Ordnung wiederherzustellen!

Was man dazu wissen muss: Ebenso wie früher die Stasi ist der "Verfassungsschutz" kein unabhängiges Expertengremium, sondern ein Instrument der Regierung. Er ist an Weisungen aus dem Innenministerium gebunden. In der DDR hat die Stasi oppositionelle Gruppen beobachtet und ausspioniert. Der derzeitige Staat hat nun einen weiteren Schritt vollzogen, seinem

Vorgänger immer ähnlicher zu werden. Ein Staat, der auf diese Weise Kritik verstummen lassen will, ist hilflos.

Besser wäre es, Fehler einzugestehen, die Politik zu ändern und das Personal auszutauschen. Dazu waren die 1989 nicht in der Lage – das Ende ist bekannt. Heute sind sie es ebensowenig, und die Folge wird die gleiche sein, nur diesmal gründlicher. PRO CHEMNITZ lässt sich von solchen Einschüchterungsmaßnahmen nicht beeindrucken. Wir stehen weiter ein für Freiheit, Heimat, Zukunft – und damit als Nebenfolge immer mehr gegen die Vertreter des gegenwärtigen Staatswesens, denn die gegenwärtige Politik der Regierung in Land und Bund schränkt die Freiheit immer weiter ein, zerstört unsere Heimat und verbaut uns die Zukunft. Nicht mit uns!

